



*SPD-Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Hannover*

Rechenschaftsbericht

*Parteitag des SPD-Stadtverbandes Hannover
11. Januar 2020*

Eine Stadt für alle.

Liebe Genossin, lieber Genosse,



vor einem Dreivierteljahr haben wir die Halbzeit der Ratsperiode 2016–2021 erreicht. Wie üblich haben wir dazu eine Bilanz vorgelegt, die wir den Delegierten des Stadtverbandsparteitages heute nochmals vorlegen.¹

Seither hat sich einiges – gravierend – geändert. Stefan Schostok ist aus dem Amt ausgeschieden und damit auch nicht mehr Mitglied unserer Fraktion. Aber leider ist Marc Hansmann, der vor 20 Jahren bereits Ratsherr war, nicht als Oberbürgermeister in die Reihen unserer Fraktion zurückgekehrt. Dass der Oberbürgermeister nicht Mitglied unserer Fraktion ist, stellt für uns ein Novum dar und uns vor neue Herausforderungen. Diesen gerecht zu werden, wird die gemeinsame Aufgabe von Stadtverbands- und Fraktionsvorstand sein.

Wie nun im Stadtverbandsvorstand hat es auch in unserem Fraktionsvorstand einige Veränderungen gegeben. Christine Kastning hat nach 13 Jahren engagierter und aufopferungsvoller Arbeit ihr Amt als Fraktionsvorsitzende zur Verfügung gestellt, zu ihrem Nachfolger wurde Lars Kelich gewählt. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist ihm Kerstin Klebe-Politze nachgefolgt; ihr folgt als Beisitzerin wiederum Maxi Carl nach.

Ungeachtet dieses Wechsels und ungeachtet der Schwierigkeiten, vor die uns die Zeit zunächst ohne Oberbürgermeister und nun mit grünem OB stellt, haben wir unsere konzentrierte Sacharbeit als Fraktion vorgesetzt. Im Mittelpunkt steht hierbei nach wie vor die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums. Neben der Gestaltung eines solidarischen Zusammenlebens in unserer Stadt (Gesellschaft) sind Forderungen nach einem besseren und schnelleren Klimaschutz getreten, die nicht nur von der jungen Generation vorgetragen werden. Einen breiten Platz nimmt in unserer Arbeit auch die Gestaltung der Schullandschaft in unserer Stadt ein: neben den Planungen für ein 18. Gymnasium sind die Vorbereitungen für eine weitere integrierte Gesamtschule getreten. Neue gesetzliche Rahmenbedingungen sowie das anhaltende Wachstum Hannovers fordern hier wie auch im Kita-Bereich ein schnelles, beherrztes Handeln. Dem versuchen wir gerecht zu werden.

Wir sind uns dabei auf ganz vielen Feldern einig mit Bündnis 90/Die Grünen und FDP, auch wenn uns diese Partnerschaft einige Kompromisse und hier und da auch Verzicht auferlegt. Insgesamt aber hat sich die Partnerschaft bewährt, wenngleich sie während der „Rathausaffäre“ durchaus Belastungen ausgesetzt war. Was wir in dieser Partnerschaft geleistet haben, das dokumentieren die Halbzeitbilanz sowie der vorliegende Rechenschaftsbericht. Er legt die Entwicklungen des letzten Dreivierteljahres dar.

Eine interessante Lektüre wünscht Dir

Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

¹ Auch zu finden unter <https://spdratsfraktionhannover.de/imperia/md/content/bezirkhannover/spdratsfraktionhannover/halbzeitbilanz2019.pdf/halbzeitbilanz2019.pdf>

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktionsvorsitzender: Lars Kelich

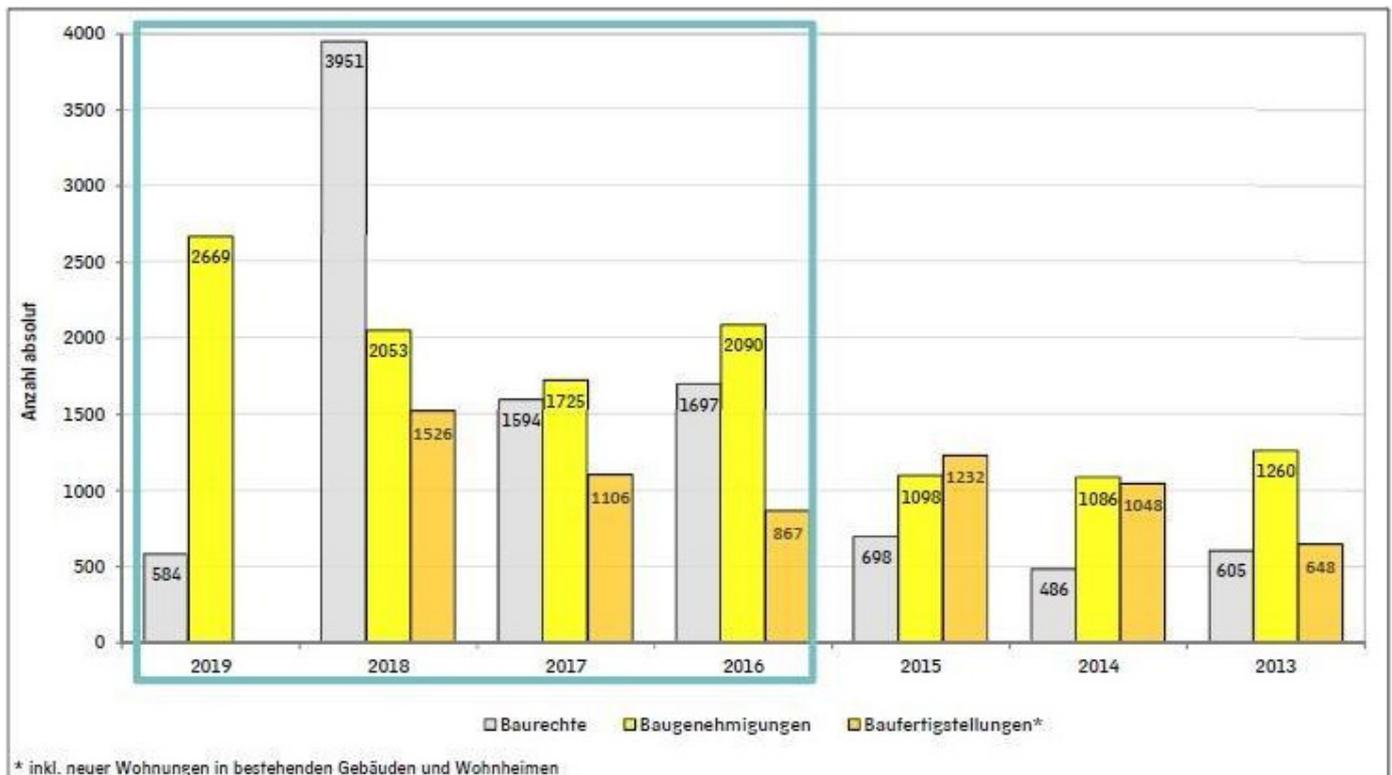
Friedrichswall 15 | 30159 Hannover

Tel. 0511-168-45 310 | Fax 0511-168-43 624

spd@hannover-stadt.de | www.spdratsfraktionhannover.de

Redaktionsschluss: 6. Januar 2020

Stadtentwicklung und Bau



Baurechte, Baugenehmigungen und Baufertigstellungen im Wohnungsbau 2013–2019

© Landeshauptstadt Hannover; Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, verwaltungsinterne Daten, Hannover 2019.

Der Schwerpunkt unserer AG lag auch im vergangenen Jahr auf der Entwicklung von Baurechten für den **Wohnungsbau** und der Schaffung von Belegrechten bzw. günstigen Wohnungen, damit alle Bevölkerungsschichten versorgt werden können. Hier werden wir nicht nachlassen, schließlich gilt es auf dem Kronsberg noch zwei größere Baufelder sowie die nächsten Bauabschnitte der Wasserstadt Limmer zu realisieren. Im Gebiet der Schwarzen Heide haben ebenfalls die ersten Planungsschritte begonnen.

Große Fortschritte macht die Stadt bei der Schaffung bzw. Sicherung von **Belegrechten im Sozialen Wohnungsbau**. Im Rahmen der Hannoverschen Wohnungsbauoffensive 2016 wurde mit der Wohnungswirtschaft vereinbart, bis 2020 2.000 Belegrechte neu zu schaffen oder im Bestand zu sichern. Im September 2019 lag die Zahl der seit 2016 neu bzw. weiter gesicherten Belegrechte bei 2.088 Wohnungen. Daran ist die hanova, unser städtisches Wohnungsbauunternehmen, mit 1.191 Wohnungen beteiligt.

Das städtische **Wohnraumförderprogramm** ist auf unsere Initiative hin aufgestockt worden. Bis 2023 können mindestens 2.400 Wohneinheiten gefördert werden. Derzeit sind 882 Wohneinheiten gefördert worden, 163 Wohnungen erhielten eine Reservierung, und weitere 504 Wohnungen sind in der konkreten Planung. Diese 1.549 Wohnungen erhalten einen Baukostenzuschuss von rund 30 Millionen Euro und erfordern nach Fertigstellung jährlich Aufwendungszuschüsse von ca. 2,4 Millionen Euro.

Ebenfalls zum Feld der Wohnungspolitik gehört die **Erhaltung von günstigem Wohnraum**. Als Reaktion auf die zunehmende Vermarktung von Wohnraum für touristische Zwecke sowie die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen hat der Gesetzgeber den Kommunen das Instrument einer Zweckentfremdungssatzung an die Hand gegeben. In einem Antrag haben wir die Verwaltung aufgefordert zu untersuchen, ob in bestimmten Stadtgebieten, z.B. der Nordstadt, die Bedingungen für den Erlass einer solchen Satzung gegeben sind.

In einem weiteren Antrag fordern wir die Verwaltung auf, die **Unterbringungsstandards für Wohnungslose bzw. Obdachlose** in den städtischen Unterkünften zu untersuchen und zu verbessern, auch um sie den heutigen Zeiten entsprechend anzupassen und die Betreuung durch Sozialarbeiter*innen zu intensivieren.

Ein wichtiges Thema im ersten Halbjahr 2019 war auch die Diskussion um den **Lärmaktionsplan**. Im zweiten Halbjahr hat die Diskussion zur Vorbereitung auf den neuen **Nahverkehrsplan** begonnen, der von der Region erarbeitet wird. Hier gilt es auch, eine Abstimmung mit allen Stadtbezirksräten zu organisieren.

Soziales

Der Schwerpunkt unserer Arbeit in diesem Jahr lag auf der Hilfe für Menschen, denen Wohnungslosigkeit droht oder die sogar von Obdachlosigkeit betroffen sind.

So stehen wir weiterhin zu den **wohnraumerhaltenden Hilfen**, die in vielen Fällen verhindern können, dass Wohnungslosigkeit überhaupt entsteht. Diese Maßnahmen bezeichnen wir als Frühwarnsystem, weil wir wollen, dass den Menschen rechtzeitig geholfen werden kann. Dafür werden aus dem Etat der Landeshauptstadt im Notfall Darlehen bewilligt zum Erhalt der Wohnung bei Mietrückständen oder auch Spenden über die Koordinationsstelle Weihnachtshilfe eingesetzt. Für die „Mobile Wohnbegleitung“ und die „Wohnraum erhaltenden Hilfen“ stehen im Haushalt pro Jahr ca. 230.000 Euro zur Verfügung. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Etat auch in den kommenden Jahren mindestens fortgeschrieben wird.

Wir haben uns bereits in den vergangenen Jahren kontinuierlich für eine quantitative wie qualitative **Verbesserung der Standards in den Unterkünften** eingesetzt. Mit unseren Partnern haben wir dafür gesorgt, dass die Standards in den städtischen Unterkünften auf eine neue Stufe gestellt werden. Die Kriterien für die Unterbringung wurden in den vielen Punkten angepasst. Barrierefreiheit in allen Unterkünften muss Standard werden. Insbesondere sollen Wohnprojekte in Zukunft nicht mehr als 100 Plätze, Wohnheime nicht mehr als 150 Plätze haben. Außerdem sollen Familien in abgeschlossenen wohnungsähnlichen Einheiten und Alleinstehende möglichst in Einzelzimmern, maximal aber in Zweibettzimmern untergebracht werden, und jeder untergebrachten Person mindestens zehn Quadratmeter zur Verfügung stehen. Mittelfristig arbeiten wir auf einen bedarfsgerechten Ausbau der Angebote für Frauen und speziell für Frauen mit Kindern hin. Wir fordern, dass Themen wie Gewaltschutz und konfliktfreies Zusammenleben Bestandteil des Konzeptes und künftiger Vergabeentscheidungen bei der Unterbringung sein müssen. Nach unseren Forderungen werden Mitarbeiter*innen der Stadt die Einhaltung dieser und aller bisherigen Standards zwingend prüfen. Dafür wird zusätzlich eine neue Stelle zur Kontrolle der Unterkünfte geschaffen.

Das wichtige und gute **Angebot der medizinischen Versorgung im Kontaktladen „Mecki“** muss aufgrund der unhaltbaren baulichen Gegebenheiten dringend auf neue Beine an einem neuen Standort gestellt werden. Zudem muss das Angebot aufgrund der wachsenden Zahl obdachloser Menschen ausgeweitet werden. Für die Weiterentwicklung muss ein Konzept entwickelt werden, das neben der Region Hannover auch der Stadt Hannover finanzielle Zugeständnisse in Millionenhöhe abverlangen wird. Doch wohnungslose Menschen leben unter besonders schweren Bedingungen, und ihr Lebensalltag ist geprägt von materieller Armut und sozialer Ausgrenzung. Wir wollen, dass obdachlosen Menschen der Weg in das gesundheitliche Regelsystem erleichtert wird. Der Kontaktladen „Mecki“ leistet hierzu einen entscheidenden Beitrag. Das soll in Zukunft noch besser gelingen.

Jugendhilfe

Stimmberechtigte Mitglieder im Jugendhilfeausschuss: Birgit Merkel, Burkhard Teuber.¹

Beratende Mitglieder: Nina Böhme, Michael Homann, Christoph Kröner, Jürgen Ostertag.

In diesem Jahr lag der Schwerpunkt unserer AG auf der Umsetzung unserer Anträge zum Haushalt 2019/20. Besondere Aufmerksamkeit benötigte dabei die Neuformulierung der Richtlinien zur Jugendverbandsförderung und die Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen. Auch bei der Einrichtung des Jugendbeteiligungsbüros, das im Sommer 2020 seine Arbeit aufnehmen soll, begleiteten wir die Phasen der Aufgabendefinition und Umsetzung.

Die Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut gehörte das ganze Jahr über zur politischen Agenda unserer AG. Die Umsetzung der über 60 Maßnahmen der Kampagne „Gemeinsam Chancen schaffen“ beschäftigt uns fortwährend. Im Jugendhilfeausschuss haben wir beispielsweise eine Anhörung beschlossen, die sich mit der Einrichtung eines Runden Tisches gegen Kinderarmut auseinandersetzen soll.

Ein großes Thema ist aber auch der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz: Durch eine Neuregelung des Landes („Flexibles Einschulungsalter“) verbleiben nun deutlich mehr Sechsjährige in den Kindergärten, sodass trotz großer Anstrengungen die Plätze nicht mehr ausreichen und die Betreuungsquote mit hoher Wahrscheinlichkeit unter 100 Prozent fallen wird. In Gesprächen mit unterschiedlichen Trägern versuchen wir deswegen noch stärker, individuelle Unterstützung für Kinderbetreuungseinrichtungen zu organisieren. Auch arbeiten wir daran, den Bau von neuen Kindertagesstätten zu beschleunigen.

Aufgrund unserer Intervention hat die Stadtverwaltung davon abgesehen, mehrere Schulsozialarbeitsstellen zu streichen, welche im Rahmen der Haushaltskonsolidierung entfallen sollten. Wir sind überzeugt, dass der Bildungserfolg von Schüler*innen auch von der Unterstützung von Sozialarbeiter*innen abhängt. Gemeinsam mit unseren Partnern von Grünen und FDP haben wir zudem einen Antrag beschlossen, die lange Bearbeitungszeit von Anträgen auf Elterngeld, die 2019 oft mehr als drei Monate betrug, deutlich zu verkürzen.

¹ Personalien werden nur dort aufgeführt, wo sich gegenüber der Halbjahresbilanz Veränderungen ergeben haben. Neue Mitglieder sind fett gedruckt, ausgeschiedene Mitglieder fortgelassen.

Schule und Bildung

Beratende Mitglieder: **Maurice Claußen**, Julia Grunewald, Hans-Dieter Keil-Süllow, Kerstin Klebe-Politze, **Jan Podyma**, Ulrike Strauch, Alexandra Vanin.

In diesem Jahr hat unsere Arbeitsgruppe wesentliche Weichen gestellt, um die Schullandschaft in Hannover zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Aufgrund der steigenden Schüler*innenzahlen wollen wir erfolgreiche Schulen stärken und erweitern sowie neue Schulen bauen.

Aus diesem Grund bauen wir zwei **neue weiterführende Schulen**: ein Gymnasium sowie eine Integrierte Gesamtschule. Außerdem haben wir die Zügigkeit u.a. an der IGS Büssingweg, der IGS Bothfeld und der Oberschule Pestalozzi erhöht. Darüber hinaus soll an einer zusätzlichen weiterführenden Schule im Sekundarbereich I eine Außenstelle errichtet werden. Wir arbeiten daran, noch mehr Schulkapazitäten für die Zukunft zu schaffen, auch im Bereich der Grundschulen. Es zeichnet sich schon jetzt ab, dass wir in den nächsten Jahren noch eine weitere weiterführende Schule benötigen.

Unsere Fraktion hat auf Initiative unserer AG ein klares Bekenntnis zur **Stärkung der IGSen** abgegeben. Auf der Grundlage unseres Strategiepapiers zur Stärkung aller IGSen und eines Zehn-Punkte-Plans soll für jede IGS spezifisch geprüft werden, welche Bedarfe sie hat und wie sie weiterentwickelt werden kann. So wollen wir für jede IGS, die das wünscht, eine Oberstufe und/oder einen Primarbereich schaffen. Des Weiteren unterstützen wir jede Realschule oder Oberschule, die sich zu einer IGS umwandeln lassen möchte, bei diesem Vorhaben ebenso wie jede Schule bei einer möglichen Profilbildung. Zudem fordern wir mehr Aufklärung der Eltern und Lehrer*innen im Vorfeld der Schullaufbahnentscheidung.

Zur Stärkung von IGSen haben wir zudem u.a. die IGS Bothfeld und IGS Südstadt zum Schuljahr 2019/2020 mit einer Oberstufe ausgestattet, die in beiden Fällen gut angenommen wird. Mit dem Beschluss zum Neubau der IGS Linden haben wir eine erfolgreiche Integrierte Gesamtschule gestärkt, die bis 2030 vergabereif geplant werden soll. Die IGS Kronsberg unterstützen wir bei der Entwicklung eines Profilierungskonzeptes sowie bei der organisatorischen Zusammenfassung mit der Grundschule Kronsberg, sofern beide Schulen zustimmen. Die IGS Büssingweg wird derzeit neu gebaut und mit einem neuen pädagogischen Raummodell ausgestattet. Für die IGS Vahrenheide-Sahlkamp und IGS Badenstedt arbeiten wir aktuell an einem Konzept zur Stärkung, das sich an die Konzepte für „Schulen mit besonderen Herausforderungen“ bzw. „Schule PLUS“ anlehnt.

Das im Rahmen des Doppelhaushalts 2019/2020 finanziell unterstützte Konzept **„Schulen mit besonderen Herausforderungen“** greift seit dem laufenden Schuljahr und wird nach den Bedarfen der jeweiligen Schulen spezifiziert. Es bildet neben der Umsetzung des Investitionsmemorandums 500+, womit wir die dringend notwendigen **Schulsanierungen** voranbringen, unseren größten Schwerpunkt: Wir als SPD kümmern uns besonders um Schüler*innen aus einkommensarmen Familien, mit Migrationshintergrund und geringen Deutschkenntnissen, mit erhöhtem Förderbedarf sowie Fällen von Schulabsentismus. Hierzu stehen wir im engen Austausch mit den Schulen und der GEW sowie der SPD auf Landesebene. Im Rahmen unserer Kampagne **„Gemeinsam Chancen schaffen gegen Kinderarmut“** stellt dieses Konzept einen wichtigen Meilenstein dar.

Ende 2019 haben wir die Evaluation des Medienentwicklungsplans erhalten und beraten nun, wie dieser, unterstützt durch den Digitalpakt, zeitnah und sinnvoll ausgeweitet werden kann. Dazu wollen wir das Thema der **Digitalisierung von Schulen** gemeinsam mit der Partei stärker in den Fokus nehmen. Alle Schulen müssen bestmöglich und sozialverträglich ausgestattet werden.

Um die **Qualität der Ganztagsgrundschulen** zu verbessern, haben wir die Mittel pro Schüler*in deutlich erhöht. Derzeit wollen wir vor allem die Mittagessenqualität an Schulen verbessern. Das Mittagessen soll gesünder und die Essenausgabe als pädagogisches Erlebnis Bestandteil des Schulalltags werden. Die Initiative der Sprecher*innen der Ganztagsgrundschulen hierzu unterstützen wir ausdrücklich.

Die Umsetzung der **Inklusion** stellt uns noch nicht zufrieden, obwohl die Stadtverwaltung sich hier erheblich bemüht. Mit der Albrecht-Dürer-Schule stellt 2022 die letzte Förderschule ihre Arbeit ein. Gemeinsam mit dem Inklusionsbeirat der Stadt arbeiten wir daran, Inklusionskonzepte für die weiterführenden Schulen zu schaffen. Wir möchten wir jede Schule so ausstatten, dass sie den Herausforderungen der Inklusion gerecht werden können.

Unsere AG besucht regelmäßig Schulen, um im direkten Kontakt zu erfahren, was diese beschäftigt und wo sie Unterstützung benötigen. Dabei beziehen wir unsere Bezirksratsfraktionen ein, um spezifische **Problemlagen vor Ort** berücksichtigen zu können. Wer

Im Bereich der **Erwachsenenbildung** haben wir die Honorare für die Kursleitungen der Volkshochschule Hannover erhöht, um das hochwertige Bildungsangebot zu sichern und die VHS konkurrenzfähiger bei der Anwerbung und Erhaltung gut ausgebildeter und qualifizierter Kursleiter*innen zu machen.

Die **Zusammenarbeit mit allen Akteur*innen** aus dem Schul- und Bildungsbereich sowie unseren örtlichen politischen Vertreter*innen bildet eine sinnvolle und unerlässliche Grundlage für unsere Arbeit, Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit in der Stadt Hannover voranzutreiben.

Kultur

Die Arbeit unserer AG war 2019 im Wesentlichen durch die aktive Begleitung der Kulturhauptstadt-Bewerbung und der Umsetzung unserer Anträge zum Haushalt geprägt.

Wir freuen uns sehr, dass wir damit dazu beitragen konnten, dass Hannover die Endrunde der **Kulturhauptstadt-Bewerbung** erreicht hat. So haben wir das Budget für die Kulturhauptstadt-Bewerbung mit einer Gesamtsumme von 80 Millionen Euro bei einem städtischen Anteil von maximal 18 Millionen Euro beschlossen. Zudem wird der Kulturhaushalt für die Umsetzung der Kulturentwicklungsplanung bis 2026 um jährlich 1,5 Prozent erhöht.

Die Vergabe von Fördermitteln durch den von uns verstetigten „**Innovationsfonds Kunst & Kultur**“ haben wir auf den Weg gebracht. Außerdem sind durch unseren Haushaltsantrag die **Förderung der Freien Theater und des Tanzes** in zwei Förderbereiche aufgeteilt und die jeweiligen Fördersummen erhöht worden. Die neue Förderstruktur und die Mittelvergabe an die Kulturschaffenden aus dem Bereich Theater und Tanz haben wir beschlossen. Außerdem haben wir die Verstetigung der Förderung der Spielstätten der Freien Theater durch vierjährige Förderverträge umgesetzt.

Wir haben die Verwaltung aufgefordert, ein Maßnahmenpaket zu entwickeln um den Titel „**UNESCO City of Music**“ bei Veranstaltungen und im Stadtbild insgesamt präsenter zu machen.

Bei der Suche nach neuen **Räumlichkeiten für das Stadtarchiv und die Magazine der städtischen Museen** haben wir Weichenstellungen vorgenommen, um für die Zukunft gewappnet zu sein.

Sport

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Angelo Alter (Sprecher), Kerstin Klebe-Politze (Ausschussvorsitzende), **Henning Hofmann**.

Wir haben die Vergabe der ersten beiden Plätze aus dem **Kunststoffrasenplatzprogramm** an den VfL Eintracht Hannover und den HSC beschlossen. Für die Vergabe der nächsten beiden Plätze in diesem Jahr sind die Vergabekriterien überprüft worden und werden nach einer Beteiligung der Sportvereine im Frühjahr 2020 beschlossen.

Auf unsere Initiative hin ist ein Antrag beschlossen worden, der die Verwaltung auffordert, die **Flächenbedarfe des Sports** bei der Planung neuer Wohngebiete zu berücksichtigen und in die Planungen aufzunehmen. Hierbei legen wir vor allem auch einen Fokus auf die Erhöhung der Hallenkapazitäten im Quartier, damit die Menschen wohnortnah Sport treiben können.

Wir haben einen Änderungsantrag zur Neuregelung der **Übungsleiterzuwendungen** im Rahmen der städtischen Sportförderung eingebracht, um die Berechnung und Verteilung der Mittel für die Vereine transparenter zu gestalten und den politischen Gremien mehr Mitsprache- und Kontrollrechte einzuräumen.

Umwelt und Grünflächen

Die Umweltpolitik der Stadt wurde von der **Klimapolitik** bestimmt. Sehr intensiv setzte sich unsere Arbeitsgruppe mit den politischen Forderungen der „Friday for Future“-Demonstranten auseinander. Schließlich ist die Klimapolitik seit Gründung des Umweltdezernates vor 30 Jahren eine zentrale kommunale Aufgabe. Nicht zuletzt die Demonstrationen machen deutlich, dass noch größere Anstrengungen zur Erreichung der Klimaziele nach dem Pariser Abkommen notwendig sind.

Wir haben einen Antrag auf den Weg gebracht, die Arbeit am **Masterplan „Stadt und Region Hannover: 100 Prozent für den Klimaschutz“** zu intensivieren, um die Ziele schon 2035 statt erst 2050 zu erreichen. Dazu sind viele verschiedene Maßnahmen notwendig. So wurde im zurückliegenden Jahr beschlossen, den Ausbau der Stromproduktion aus Photovoltaik-Anlagen voranzutreiben. Zukünftig soll die Stadt in ihrem Einflussbereich, z.B. bei Neubauten auf städtischen Grundstücken oder bei städtebaulichen Verträgen, stärker Einfluss auf die Errichtung von PV-Anlagen nehmen. Dabei sollen Dachbegrünungen eine PV-Anlage nicht ausschließen oder umgekehrt PV-Anlagen eine Dachbegrünung.

Die Vermeidung von Schottergärten, die Dachbegrünung von Fahrgastunterständen oder ein Baumwipfelpfad für ein intensiveres Naturerleben im einem städtischen Wald waren kleinere unserer Aufträge an die Verwaltung.

Kurz vor der Sommerpause hat die Verwaltung ein viel beachtetes **Freiraumentwicklungs- und -pflegekonzept** vorgelegt. Die detailreiche Vorlage, die alle Bereiche des städtischen Grünraums berührt und viele Arbeitsaufträge enthält, haben wir von Experten in einer Anhörung bewerten lassen. Anschließend wurde ein Änderungsantrag erarbeitet, in dem die Ergebnisse der Anhörung – im Wesentlichen sinnvolle Ergänzungen, wie eine stärkere regionale Fokussierung – in das Konzept eingearbeitet werden sollen.

Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Liegenschaften

Beratende Mitglieder: Anne-Maria Gahbler, Dr. Jens Menge (bis 2019 Olaf Weinel †).

In Fortführung der bisherigen Arbeit beschäftigte sich unsere AG mit den Maßnahmen, die auch im gesamtstädtischen Arbeitsprogramm „Mein Hannover 2030“ formuliert worden sind. Das betrifft in besonderem Maße die Situation der Wochenmärkte, die Gewerbeflächenentwicklung und das Sanierungsprogramm für Schultoiletten.

Der Bedarf der Immobilienwirtschaft nach Flächen für unterschiedlichste Nutzungen ist unverändert hoch. Die gute wirtschaftliche Entwicklung, von der auch Hannover profitiert, in Kombination mit dem positiven Entwicklungstrend in Ballungsräumen, führt mittelfristig zu einem Engpass bei den für alle Nutzungen zur Verfügung stehenden Flächen. Deshalb wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Teilkonzepte für die **Flächenentwicklung** verschiedener Bereiche erarbeitet und auf den Weg gebracht, wie z.B. die Wohnbauinitiative 2013, das Wohnkonzept 2025, den Sportentwicklungsplan, das Agrikulturprogramm, das Kleingartenkonzept sowie das Freiraumentwicklungskonzept „Stadtgrün 2030“. Wir befinden uns in einem dauerhaft notwendigen Entscheidungsprozess zur vorhandenen Flächenressourcen. Die Leitlinien zur **Gewerbeflächenentwicklung** 2030 werden uns zukünftig intensiv beschäftigen – auch weil wir die Wettbewerbsfähigkeit der Landeshauptstadt Hannover hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft erhalten wollen.

Die **Weiterentwicklung der Wochenmärkte** wurde in intensiver Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung begleitet. Weil die Lebensqualität in den Stadtteilen eng mit der Qualität der Märkte zusammenhängt, ist die ständige Weiterentwicklung und deren Evaluation besonders wichtig. Hier besteht gesamtstädtisch ein großer Konsens in Hannover, und unsere AG hat maßgeblich dazu beigetragen, die Umsetzung des Zehn-Punkte-Plans zur Attraktivitätssteigerung der Wochenmärkte zu einem Erfolg werden zu lassen. Wir wollen Hannover als attraktiven Standort für die Wochenmärkte erhalten und werden uns auch weiter für die künftige positive Ausrichtung der Wochenmärkte und die Umsetzung geeigneter Maßnahmen einsetzen.

Für das **Sanierungsprogramm für Schultoiletten** wurden die Stellen wurden zum Anfang des vergangenen Jahres besetzt. Das 24,3 Millionen Euro schwere Sanierungsprogramm wurde EU-weit ausgeschrieben. Die zeitliche Ausführung und damit die Reihenfolge der Sanierungen wird nun im Zuge der Detailplanung bestimmt. Wie immer bei Sanierungen in Schulgebäuden werden die Zeitpläne mit den Schulleitungen abgestimmt, um die Beeinträchtigungen im laufenden Schulbetrieb so gering wie möglich zu halten. Bis 2023 soll das Maßnahmenpaket Schulsanierung abgeschlossen sein.

Abschied nehmen mussten wir von **Olaf Weinel**, der unserer AG über viele Jahre als beratendes Mitglied zur Seite stand und im Oktober überraschend verstorben ist.

Internationales

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte hat die hannoversche Stadtgesellschaft eine herausragende Verantwortung beim **Kampf gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus**. Während des Europawahlkampfes tauchten Plakate der Partei „Die Rechte“ auf, die zu Gewalt und Hass aufriefen. Wir haben mit einer Resolution gegen volksverhetzende Inhalte auf Wahlplakaten darauf hingewiesen, dass diese nicht durch das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gedeckt sind. Zudem haben wir eine Offensive gegen Antisemitismus auf den Weg gebracht, noch bevor der Antisemitismus in unserem Land im vergangenen Jahr u.a. mit dem Anschlag auf eine jüdische Familie in Hemmingen einen neuen traurigen Höhepunkt erreicht hat.

Zehn Jahren nach der Veröffentlichung des **Lokalen Integrationsplans (LIP)** haben wir die Forderungen aus der hannoverschen Zivilgesellschaft aufgenommen und uns dafür eingesetzt, den LIP konstruktiv weiterzuentwickeln – zum „LIP 2.0“. Im Rahmen dieser Fortentwicklung werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe legen, wie z.B. die Integrationslots*innen. Dabei haben wir die Handlungsfelder Bildung, Soziales, Demokratie, Stadtleben und Kultur, Wirtschaft und Stadtverwaltung sowie Diversität im ebenso im Blick wie die Einbürgerungslots*innen. Im Interesse aller, die sich engagieren, brauchen wir eine Bündelung der ehrenamtlichen Arbeit – wertschätzend und Ressourcen orientiert. Auch die Arbeit der **Integrationsbeiräte** wollen wir weiterentwickeln.

Aus dem **Gesellschaftsfonds Zusammenleben** wurden 2019 Projekte gefördert, die Obdach- und Wohnungslosen Zugänge zur Beratung, Hilfe und Versorgung erleichtern und ihre Lebensqualität in Hannover verbessern. Das bestehende Versorgungsnetzwerk wird ausgebaut und gestärkt.

Hannover ist eine internationale Stadt. Das zeigt sich in der Bewerbung zur europäischen Kulturhauptstadt 2025 wie auch im **Handlungskonzept „Hannover Internationale Stadt“**. Dieses Konzept beschreibt die Aktivitäten der Stadt Hannover nach außen – in Abgrenzung zum LIP, der die Aktivitäten vor Ort und die Integration der Menschen in die Stadtgesellschaft darstellt. Seit Hannover 1947 die erste offizielle Städtepartnerschaft mit Bristol knüpfte, hat die Stadt ihre Beziehungen zu Städten und Kooperationspartnern im Ausland anhaltend ausgebaut. Folgerichtig hat sich Hannover in der verstärkt globaler handelnden Welt international geöffnet und positioniert. Neben der Stärke des Wirtschafts-, Kultur- und Wissenschaftsstandort zielt das Handlungskonzept „Hannover Internationale Stadt“ auch darauf, dass die Willkommenskultur und die Lebensqualität Hannover zu einer attraktiven Stadt für Menschen aus ganz Europa und der Welt macht. Diesem Ziel sehen wir uns als AG verpflichtet.

Gleichstellung

Die Umsetzung des Ausbaus der **Angebote für die Opfer sexualisierter Gewalt** war ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Arbeit im vergangenen Jahr. Wir freuen uns, dass mit dem „FrauenHaus.24“ die von uns geforderte Notaufnahmestelle im ersten Quartal 2020 ihren Betrieb aufnehmen wird, und werden den notwendigen Ausbau der Hilfs- und Beratungsangebote weiter unterstützen.

Außerdem haben wir die Vergabe der Trägerschaft des **Queeren Jugendzentrums** an den Andersraum e.V. beschlossen. Das Jugendzentrum ist im August eröffnet worden und schafft eine wichtige Anlaufstelle für queere Jugendliche. Zudem haben wir einen Antrag auf den Weg gebracht, mit dem wir ein Modellprojekt „Queere Ampelmenschen“ zum Christopher Street Day 2020 fordern.

Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters

Zurzeit arbeiten wir in der Arbeitsgruppe vor allem an der Attraktivitätssteigerung der großen **Volksfeste** in Hannover, darunter einem Parkkonzept für das Maschseefest, und der **Herrenhäuser Gärten**. Im Mittelpunkt stehen hierbei das Angebot digitaler Tickets und die Gastronomie.

Bei der **Sanierung des Ihmezentrums** drängen wir darauf, dass der neue Investor seinen Pflichten termingerecht nachkommt.

Finanzen

Im Mittelpunkt unserer Arbeit stand die Beschäftigung mit der **Ausweitung des Sicherheits- und Ordnungskonzeptes**. Hier ist mit „Hannover.sauber“ ein wichtiger Maßnahmenkatalog zur Sauberkeit in unserer Stadt ergänzt und mit dem Konzept „Bahnhof.sicher“ ein zentraler Baustein zwischen den Sicherheitspartnern rund um den Hauptbahnhof abgestimmt worden. Zugleich haben wir Gespräche mit dem **Kommunalen Präventionsrat** begonnen, wie dessen Arbeit öffentlichkeitswirksamer gestaltet werden kann. Ziel all dieser Maßnahmen ist es, das abnehmende Sicherheitsempfinden wieder der Realität anzupassen, die durch sinkende Kriminalitätszahlen gekennzeichnet ist.

Mit der **Wettbürosteuer** haben wir eine zusätzliche Einnahmequelle erschlossen, die vor allem helfen soll, die sozialen Folgekosten von Spielsucht abzufedern, und die möglicherweise auch Spielsucht eindämmen kann. Kritisch begleitet haben wir die **Grundsteuerreform**, auf die sich schließlich Bund und Länder verständigt haben.

Organisation und Personal

Mit dem neuen Jahr greift bei der Landeshauptstadt eine neue **Vereinbarung über das Leistungsanreizsystem**, also die Leistungsprämien. Das bisher praktizierte Modell wegen einiger Rechtsunsicherheiten in Frage gestellt worden, das neue System stellt diese Rechtssicherheit her und weitet die Leistungsprämierung auf die Beamt*innen aus. Zuvor hatten wir mit dem Beschluss über den Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst dafür gesorgt, dass nun auch die Beschäftigten in diesem wichtigen Bereich Sicherheit haben.

Bei mehreren Besuchen haben wir uns über die **Gebäudereinigung in Schulen** informiert. Gemeinsam mit unserer SchuBi-AG überlegen wir, ob es möglich ist, Beschäftigte der Gebäudereinigung auch bei der **Schulmittagessenversorgung** einzusetzen.

Und schließlich begleiten wir die **Vorbereitung der Messe „Interschutz“** und des Deutschen Feuerwehrtages, die Mitte Juni 2020 in Hannover stattfinden werden.